



# Argumente

zur europapolitischen Diskussion

Oktober 2008



## Für ein soziales und demokratisches Europa

### Warum der "Vertrag von Lissabon" in Kraft treten sollte

Am 7. Juni 2009 wird das Europaparlament neu gewählt. Dabei geht es auch um die Entscheidung, wie sozial ausgerichtet das künftige Europa sein wird. Ein Schritt in diese Richtung ist der Vertrag von Lissabon. Er enthält nicht alles, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gerne darin festgehalten hätten. Aber als Kompromiss zwischen den Interessen von 27 europäischen Ländern kann er eine gute Grundlage für die Gestaltung von Europapolitik bilden.

### Wie geht es mit dem Vertrag von Lissabon weiter?

Seit dem ablehnenden irischen Referendum steckt der Vertrag von Lissabon in der Krise - obwohl der Entwurf im Dezember 2007 von allen 27 Staats- und Regierungschefs unterzeichnet und bereits von mehr als Zweidritteln der EU-Staaten ratifiziert wurde. Ist der Vertrag von Lissabon in dieser Situation überhaupt noch zu retten?

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten meinen ja und setzen uns aktiv dafür ein, dass dieser Vertrag in Kraft tritt, denn mit dem derzeit gültigen Vertrag von Nizza ist die erweiterte Union nur bedingt handlungsfähig. Der neue Vertrag von Lissabon hingegen bringt mehr parlamentarische Kontrolle, mehr direkte Mitwirkungsrechte für die Bürgerinnen und Bürger Europas, er verbessert die institutionelle Struktur der Europäischen Union und schafft Rechtsverbindlichkeit für eine umfassende europäische Grundrechtecharta. Er bringt uns auch dem sozialen Europa einen Schritt näher.

Es wäre extrem unwahrscheinlich, dass es in einem dritten Anlauf gelänge, ein "Mehr" an sozialen und demokratischen Rechten herauszuholen. Jetzt gilt es, pragmatische Lösungen zu finden, damit der Vertrag in Kraft treten kann.

In Deutschland haben Bundestag und Bundesrat dem Vertrag im normalen parlamentarischen Zustimmungsverfahren zu völkerrechtlichen Verträgen mit großer Mehrheit zugestimmt. Vor dem Bundesverfassungsgericht läuft dagegen eine Klage, deren Ausgang Bundespräsident Köhler vor der Unterzeichnung des Zustimmungsgesetzes abwar-

ten wollte. Allerdings hat es bislang immer Klagen gegen die Zustimmungsgesetze zu den europäischen Verträgen gegeben - immer ohne Erfolg.

### Wozu braucht die EU eine neue rechtliche Grundlage?

Die Europäische Union ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Seit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens am 1. Januar 2007 sind 27 Staaten Mitglieder der EU. Mit dem derzeit gültigen Vertrag von Nizza lässt sich dieses größere Europa nicht immer effizient steuern. Außerdem wird der alte Vertrag, der schon im Jahr 2000 verabschiedet wurde, nicht allen neuen globalen Herausforderungen gerecht. Ursprünglich sollte der Vertrag von Nizza durch einen umfassenden Verfassungsentwurf ersetzt werden, der jedoch bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 scheiterte. Deutschland hat sich während seiner Präsidentschaft dafür stark gemacht, möglichst viele Aspekte der Verfassung in den neuen Vertrag einzubringen. Die Verhandlungen über den neuen Grundlagenvertrag zwischen den 27 Staaten waren schwierig und auch einige sozialdemokratische Positionen ließen sich leider nicht durchsetzen. Aber wir sind dennoch überzeugt, dass dieser Vertrag notwendig ist, weil er die Europäische Union ein Stück demokratischer, effizienter, handlungsfähiger, solidarischer und sozialer macht und eine gute Grundlage für die Gestaltung von Europapolitik bildet. Denn eins ist klar: Ein Vertrag bietet lediglich die Grundlage für Politik. Nun gilt es, fortschrittliche Politik in Europa weiter umzusetzen.

## Europa wird demokratischer

Mit dem Vertrag von Lissabon erhält das Europaparlament praktisch die volle Mitwirkung an der europäischen Gesetzgebung. 95 % aller Gesetzgebungsakte werden in Zukunft in Zusammenarbeit zwischen dem Parlament und dem Rat der Europäischen Union entschieden. Bei der Erstellung und Verabschiedung des Haushalts, in dem jetzt grundsätzlich alle Ausgaben zur Disposition stehen, wird das Parlament uneingeschränkt gleichberechtigt. Ihm obliegt in Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten die parlamentarische Kontrolle der EU-Verteidigungspolitik und der EU-Militärmissionen. Auch gegenüber der Europäischen Kommission wird das Parlament gestärkt. Der Präsident der Kommission wird vom Parlament direkt gewählt und die gesamte Kommission braucht die Zustimmung des Parlamentes. Allerdings bleibt das Vorschlagsrecht für den Kommissionspräsidenten weiter beim Rat, der jedoch bei seinem Vorschlag die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament berücksichtigen soll. Damit muss sich die Kommission stärker als heute gegenüber Parlament und Öffentlichkeit rechtfertigen. Durch die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Parlament wird eine Personalisierung und Politisierung der Europawahlkämpfe möglich. Die einzelnen Parteien können nunmehr mit SpitzenkandidatInnen antreten.

Neben dem Europäischen Parlament werden die nationalen Parlamente gestärkt. Sie erhalten mehr Mitwirkungs- und Kontrollrechte und können Einspruch erheben, wenn sie nationale Zuständigkeiten gefährdet sehen. Ein Drittel der nationalen Parlamente kann die Überprüfung einer möglichen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips in einem Gesetzentwurf verlangen. Dabei werden auch die Länderkammern, wie der deutsche Bundesrat, gleichberechtigt. Aufgewertet wird auch die Zivilgesellschaft durch die Einführung eines "Zivilen Dialogs", an dem die Verbände und Interessenvertreter/innen beteiligt sind.

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger können künftig im Rahmen eines formalisierten Verfahrens direkt europäische Gesetze anstoßen. Eine Million Menschen aus den Mitgliedstaaten können die Kommission auffordern, einen Rechtsetzungsvorschlag zu entwickeln. Bei dieser Möglichkeit handelt es sich nicht um einen wirklichen Bürgerentscheid, sondern lediglich um ein formalisiertes Verfahren der Meinungsbildung, der auf Grund der sprachlichen und kulturellen Unterschiede nicht leicht fallen wird. Dennoch werden die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gestärkt.

Die Grundrechtecharta erhält volle Rechtsverbindlichkeit, auch wenn ihr Text nicht Bestandteil der Verträge ist. Sie enthält eine Reihe von sozialen Grundrechten, weshalb sie bei (Neo-)liberalen nicht hoch im Kurs steht. So garantiert die Charta die Tarifvertragsfreiheit, das "Recht zu arbeiten", das

### Fakten zum Vertrag

● Kritiker behaupten, der Vertrag von Lissabon mache die EU zu einer machtvollen Rechtspersönlichkeit, die künftig in allen Bereichen über die Mitgliedstaaten hinweg entscheiden kann und so die Demokratien untergräbt.

Richtig ist, dass auch in Zukunft die meisten EU-Rechtsakte der nationalen Gesetzgebung bedürfen. Zudem werden die Rechte der nationalen Parlamente erheblich gestärkt.

● Kritiker behaupten, der Vertrag von Lissabon schaffe die Grundlagen für eine Militarisierung der EU durch Zentralisierung von außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Entscheidungen.

Richtig ist, dass Beschlüsse zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch weiterhin nur einstimmig von allen EU-Staaten gefasst werden dürfen. Der Vertrag von Lissabon nennt die Konfliktverhütung, die Konfliktnachsorge und Abrüstungsmaßnahmen explizit als Ziele einer gemeinsamen Strategie zum Erhalt des Friedens in der Welt.

● Kritiker behaupten, im Vertrag von Lissabon werde die bisherige unsoziale und rein marktliberale Politik der EU festgeschrieben.

Richtig ist, dass erstmals das Prinzip des "unverfälschten Wettbewerbs" nicht mehr das zentrale Ziel, sondern nur noch ein Instrument der Gemeinschaft ist. Neben einem ausgewogenen Wirtschaftswachstum zählen künftig auch das Erreichen der Vollbeschäftigung, der soziale Fortschritt, die Preisstabilität und der Umweltschutz zu den grundlegenden Anliegen der EU. Die rechtsverbindlich werdende Grundrechtecharta stärkt die soziale Dimension Europas.

Recht auf Zugang zu sozialen und Gesundheitsleistungen sowie Diensten der Daseinsvorsorge. Es ist zu beachten, dass die Charta nur für Gemeinschaftsakte (nicht für Handlungen der Mitgliedstaaten) verbindlich ist. Leider wurde die Charta nicht in allen Staaten in allen Teilen akzeptiert, so dass der Vertrag für die Anwendung in Großbritannien und Polen Ausnahmeregelungen vorsieht.

## Europa wird effizienter

Durch den Vertrag von Lissabon erhält die EU eine klarere Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Union und Mitgliedstaaten. Im Rat der Europäischen Union (Ministerrat) - der zusammen mit dem Europäischen Rat über Vorschläge der Kommission entscheidet und somit einen Teil der Gesetzgebungsfunktionen übernimmt - wird künftig in 40 zusätzlichen Politikbereichen (vor allem in den Bereichen Einwanderung und polizeiliche Zusammenarbeit) mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt. Geändert wird ab 2014 auch die Definition der qualifizierten Mehrheit - es wird das Prinzip der doppelten Mehrheit eingeführt. Eine qualifizierte Mehrheit wird demnach erreicht, wenn mindestens 55 % der Staaten zustimmen, die mindestens 65 % der EU-Bevölkerung vertreten. Diese Regelung kommt insbesondere großen Mitgliedstaaten wie Deutschland entgegen. Aus sozialdemo-

kratischer Sicht ist es allerdings bedauernd, dass die qualifizierte Mehrheit nicht auf weitere Politikbereiche, wie z.B. die Steuerpolitik, ausgeweitet wird. Bisher rotierte die Ratspräsidentschaft jedes halbe Jahr zwischen den Mitgliedstaaten. In Zukunft wird ein neuer ständiger Präsident des Europäischen Rates für zweieinhalb Jahre gewählt, der die Arbeit auf Ebene der Staats- und Regierungschefs vorantreiben und die Kontinuität der Arbeit gewährleisten soll. Auch im Ministerrat wird durch die Einführung von 18-monatigen Teampräsidentschaften aus drei Mitgliedstaaten für mehr Kontinuität gesorgt.

Um die Effizienz der Europäischen Kommission zu steigern, soll die Anzahl der Kommissare auf zwei Drittel der Zahl der Mitgliedstaaten verringert werden. Zwar wird nicht jedes Land immer einen Kommissar stellen können, aber es ist sichergestellt, dass kein Mitgliedstaat bevorzugt und keiner benachteiligt wird. Auch das Europaparlament wird auf 751 Sitze verkleinert. Europa wird handlungsfähiger.

## Europas Rolle in der Welt

Mit dem Vertrag von Lissabon wird die Möglichkeit der EU, Außenpolitik zu gestalten, gestärkt.

Europa erhält ein Gesicht in der Welt: Künftig gibt es nur noch einen Hohen Vertreter der EU für Äußere Angelegenheiten und Sicherheitspolitik. Die Bezeichnung lautet zwar nicht Außenminister, aber der Hohe Vertreter als Vizepräsident der Kommission und Vorsitzender des Rates der Außenminister in einer Person wird eine Brücke zwischen Rat und Kommission schlagen und der EU zu mehr globaler Handlungsfähigkeit verhelfen. Der Hohe Vertreter wird auch dem Europäischen Parlament gegenüber verantwortlich sein. Unterstützt wird der Hohe Vertreter durch einen neu zu schaffenden Europäischen Auswärtigen Dienst.

Zusammensetzen wird sich dieser Dienst aus Vertretern des Ratssekretariates, der Kommission und Diplomaten aus den Mitgliedstaaten. Der Vertragstext lässt in Bezug auf die exakten Tätigkeitsfelder des Auswärtigen Dienstes und auch auf die genaue Ausgestaltung des Amtes des Hohen Vertreters Vieles offen. Der Erfolg der neuen EU Außen- und Sicherheitspolitik wird daher sehr von den konkreten Umsetzungsschritten in den nächsten Jahren abhängen.

Die EU-Staaten werden auch verpflichtet, im Katastrophenfall oder bei Terrorangriffen solidarisch zu handeln. Auf Ersuchen eines Mitgliedstaates, der Opfer eines Terroranschlags oder einer Naturkatastrophe wird, leisten die anderen Länder Unterstützung. Solidarisches Handeln zwischen den EU-Staaten wird auch in der Energiepolitik verpflichtend. Die Europäische Union erhält darüber hinaus in den Themenbereichen Energieversorgung und Klimawandel umfassende neue Zuständigkeiten.

## Europa wird sozialer und solidarischer

Mit der Einführung der neuen horizontalen Sozialklausel müssen bei der Gestaltung und Umsetzung aller gemeinschaftlichen Vorhaben die sozialen Ziele der EU, wie die Förderung eines "hohen Beschäftigungsniveaus", die Gewährleistung eines "angemessenen Sozialschutzes", die "Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung" sowie ein "hohes Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung" bei der Durchführung aller Politiken berücksichtigt werden. Dadurch wird eine bessere Balance zwischen sozialen und wirtschaftlichen Gewährleistungen des Vertrags hergestellt. Auch wenn es nicht immer so scheint: Der Europäische Gerichtshof nimmt oftmals eine Abwägung verschiedener Vertragsziele vor. Deswegen ist diese Änderung nicht zu unterschätzen.

Im Vertrag von Lissabon wird das kommunale Selbstverwaltungsrecht als Bestandteil der nationalen Identität der Mitgliedstaaten erstmals anerkannt: "Die Union achtet die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen und ihre jeweilige nationale Identität, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt." Damit kommt der Vertrag von Lissabon erstmals einer Kernforderung der Kommunen nach, die seit langem eine Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung in den Europäischen Primärverträgen fordern. Dies ist insbesondere deshalb von großer Bedeutung, damit der Gestaltungsspielraum der Kommunen durch Gerichtshof und Kommission über die Anwendung des Wettbewerbsrechts nicht weiter eingeschränkt wird. Dieser Artikel ist somit als echter Fortschritt zu werten.

## Schutz der Daseinsvorsorge

Der Vertrag von Lissabon enthält nun erstmals in einer Protokollnotiz eine Auslegung des Art. 16 des EG-Vertrages (neu nun Artikel 14) über die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Daseinsvorsorge).

Auch dieses Protokoll hebt die Bedeutung der "sozialen Dimension" gegenüber der reinen Binnenmarktlogik hervor. Hier wird zum ersten Mal im europäischen Primärrecht die Zuständigkeit und der weite Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden bei der Erbringung, Organisation und Auftragsvergabe der "Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse" im Rahmen des geltenden Rechts festgehalten. Außerdem wird der Begriff "Dienstleistungen im Allgemeinen Interesse" erstmals in das europäische Primärrecht eingeführt und betont, dass ihre Zuständigkeit bei den Mitgliedstaaten liegt.

## Dokumentation

### Protokoll über Dienste von allgemeinem Interesse

Die Hohen Vertragsparteien - in dem Wunsch, die Bedeutung der Dienste von allgemeinem Interesse hervorzuheben, sind über folgende auslegende Bestimmungen übereingekommen, die dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Union beigefügt sind:

**Artikel 1** - Zu den gemeinsamen Werten der Union in Bezug auf Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Sinne von Artikel 16 des EG-Vertrags zählen insbesondere:

- die wichtige Rolle und der weite Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden in der Frage, wie Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse auf eine den Bedürfnissen der Nutzer so gut wie möglich entsprechende Weise zu erbringen, in Auftrag zu geben und zu organisieren sind;

- die Verschiedenartigkeit der jeweiligen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse und die Unterschiede bei den Bedürfnissen und Präferenzen der Nutzer, die aus unterschiedlichen geografischen, sozialen oder kulturellen Gegebenheiten folgen können;

- ein hohes Niveau in Bezug auf Qualität, Sicherheit und Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung und Förderung des universellen Zugangs und der Nutzerrechte.

**Artikel 2** - Die Bestimmungen der Verträge berühren in keiner Weise die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, nichtwirtschaftliche Dienste von allgemeinem Interesse zu erbringen, in Auftrag zu geben und zu organisieren.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Dominanz des einseitig liberalistisch interpretierten Binnenmarktgedankens gelockert wird. Die Zielsetzung der Errichtung eines gemeinsamen Binnenmarktes wird im Vertrag von Lissabon ausdrücklich um das Ziel einer wettbewerbsfähigen sozialen und ökologischen Marktwirtschaft ergänzt.

Es wurde somit ein verbessertes Gleichgewicht zwischen sozialen und wirtschaftlichen Zielen erreicht, das es in der politischen Tagespraxis durchzusetzen gilt.

## Quellen & Kontakt

Vertrag von Lissabon im Internet: <http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/st06655-re01.de08.pdf>

Kontakt zum Fachausschuss EU-Angelegenheiten: Philipp Steinberg, Mail: [Philipp.Steinberg@spd-online.de](mailto:Philipp.Steinberg@spd-online.de)

## Unsere Position

Der Vertrag bietet die Grundlage, progressive europäische Politik zu gestalten und Europa sozial und ökologisch zu erneuern. Die Europäische Union ist ein Vorreiter im Klimaschutz. Sie bietet die Grundlage für eine weitere Annäherung der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Der Binnenmarkt bietet der exportorientierten deutschen Wirtschaft - 60 % der deutschen Exporte gehen in die EU - große Chancen. Im Bereich von Spitzenforschung und Hochtechnologie ist gemeinsames europäisches Auftreten in Zukunft von zentraler Bedeutung. Der Vertrag von Lissabon bietet hierfür eine gute Grundlage.

Der Vertrag von Lissabon ist dennoch weiterhin Einwänden ausgesetzt. Einen wesentlichen Kritikpunkt stellt die Tatsache dar, dass manche Bedenken gegen den Verfassungsvertrag, der in den Niederlanden und in Frankreich in Referenden scheiterte, auch durch den Vertrag von Lissabon nicht aufgehoben wurden. Der Vertrag von Lissabon entkräftet nicht alle Einwände grundsätzlich pro-europäischer Verfassungskritiker/innen.

Trotz verbleibender Kritikpunkte soll der Grundlagenvertrag aus unserer Sicht in Kraft treten. Denn mit dem Vertrag von Nizza ist die erweiterte Union nicht ausreichend handlungsfähig. Der Vertrag von Lissabon hingegen bringt mehr Demokratie, mehr Mitwirkungsrechte für die Bürgerinnen und Bürger Europas, verbessert die institutionelle Struktur der Europäischen Union und schafft Rechtsverbindlichkeit für eine umfassende europäische Grundrechtecharta. Er bringt uns auch dem "sozialen Europa" einen Schritt näher.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollten akzeptieren, dass der Vertrag von Lissabon einen Kompromiss zwischen den sehr unterschiedlichen Vorstellungen an die Umsetzung eines europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells darstellt. Unsere eigenen Vorstellungen einer Europäischen Union mit einem deutlicheren sozialen und demokratischen Antlitz bleiben bestehen. Mit dem Vertrag von Lissabon wird die Handlungsfähigkeit der erweiterten EU wieder hergestellt und die Integrationspause beendet. Auf dieser Grundlage werden wir konsequent unser Ziel eines sozialdemokratisch geprägten Europas verfolgen. Die nächste Etappe sind die Europawahlen 2009.

## Europaabgeordnete

Europabüro Dagmar Roth-Behrendt, Brunnenstr. 167, 10119 Berlin, Tel.: 030 - 4660 7911, Fax: 030 - 462 88 42,

E-Mail: [roth-behrendt@spd-berlin.de](mailto:roth-behrendt@spd-berlin.de), Internet: [www.dagmarrothbehrendt.de](http://www.dagmarrothbehrendt.de)